

NIEDERSCHRIFT

über die **20.** Sitzung des
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **19.05.2014**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:15 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Karl-Heinz Ehms
2. Herr Hans-Josef Engels bis 19.15 Uhr
3. Herr Reiner Geroneit
4. Herr Gerhard Heyner
5. Herr Thomas Jung
6. Herr Norbert Kallen
7. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
8. Frau Ursel Meis
9. Herr Werner Moritz
10. Herr Antonius Suppes
11. Frau Maria Widdekind
12. Frau Birte Wienands ab 17.30 Uhr

• SPD-Fraktion

13. Herr Denis Arndt
14. Herr Udo Bartsch
15. Frau Margot Dubbel
16. Herr Wilhelm Küpper
17. Herr Rainer Schmitz
18. Frau Helga Weiss

• FDP-Fraktion

19. Herr Stephan Kees
20. Frau Christa Quellmann ab 17.30 Uhr
21. Herr Dirk Rosellen

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 22. Herr Manfred Haag
- 23. Herr Martin Kresse
- 24. Frau Angela Stein-Ulrich

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 25. Frau Helga Pollack
- 26. Herr Carsten Thiel

- **beratende Mitglieder**

- 27. Herr Karl Boland
- 28. Herr Dr. Josef Merten
- 29. Herr Bülent Öztas

- **Verwaltung**

- 30. Frau Katharina Czudaj
- 31. Frau Valeria Diewald
- 32. Frau Dr. Maria Eisenhuth
- 33. Herr Edwin Erdmann
- 34. Herr Fabian Fox
- 35. Herr Siegfried Henkel
- 36. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 37. Herr Martin Meisel
- 38. Herr Carsten Paetau
- 39. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz
- 40. Frau Heike Stump

- **Schriftführerin**

- 41. Frau Birgit Rothe-Slak
- 42. Herr Marcus Mertens

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende.....	4
2.1.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/3201/XV/2014	4
2.2.	Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/3202/XV/2014.....	4
3.	Telefonseelsorge Rhein-Kreis Neuss - Tätigkeitsbericht Vorlage: 50/3213/XV/2014.....	5
4.	Angebote für Demenzkranke und ihr Umfeld im Rhein-Kreis Neuss - aktueller Überblick Vorlage: 53/3185/XV/2014.....	6
5.	Tätigkeitsbericht Wohnberatungsagentur Rhein-Kreis Neuss - auch Anfrage SPD Kreistagsfraktion vom 20.01.2014 Vorlage: 50/3209/XV/2014.....	7
6.	Arbeitskreis "Beratung über Hilfen im Alter" - Jahresbericht 2013 Vorlage: 50/3206/XV/2014.....	8
7.	Sprachtherapeutischer Dienst - Tätigkeitsbericht des Sprachheilbeauftragten 2012 / 2013 Vorlage: 50/3211/XV/2014	8
8.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen "Schulsozialarbeit - weitere Planungen" vom 12.03.2014 - Überweisung des Antrages durch den Kreistag am 25.03.2014 Vorlage: 50/3203/XV/2014	9
9.	Bericht aus der Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter Vorlage: 50/3207/XV/2014.....	9
10.	Mitteilungen.....	10
10.1.	Rückübertragung der Sachbearbeitung "Bildungs- und Teilhabepaket an SGB II-Berechtigte" aus dem Jobcenter an den Rhein-Kreis Neuss	10
10.2.	Aktuelle Situation in den Meridias Pflegeeinrichtungen in Meerbusch	10
11.	Anfragen	10

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose teilte mit, dass Kreistagsmitglied Arndt eine Beanstandung zur Niederschrift über die 19. Sitzung des Ausschusses vorgebracht habe und verlas das entsprechende Schreiben der SPD-Fraktion. Nach Prüfung der Niederschrift und des Tonmitschnittes sei die Niederschrift jedoch nicht zu beanstanden. Um dem Wunsch von Kreistagsmitglied Arndt nach einer Klarstellung bzgl. seines Wortbeitrages in der 19. Sitzung nachzukommen, schlug Ausschussvorsitzender Dr. Klose vor, das Schreiben von Kreistagsmitglied Arndt dem Protokoll der heutigen Sitzung beizufügen. Herr Arndt stimmte diesem Vorgehen zu.

2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende

2.1. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/3201/XV/2014

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz führte aus, dass die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften im Mai 2014 mit etwas mehr als 6,4 Mio. € über dem Wert des Vergleichsmonates im Vorjahr gelegen hätten. Auf der Grundlage der Ausgaben von Januar bis Mai würde der Haushaltsansatz 2014 nicht eingehalten werden können, jedoch sei es für eine zuverlässige Prognose noch zu früh.

2.2. Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/3202/XV/2014

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies auf das „Handlungskonzept Pro Arbeit“ hin, in dessen Vorbereitung man, u.a. durch eine Organisationsanalyse des Jobcenters, gut unterwegs sei. Mit einer Trägergemeinschaft wurden die ersten konkreten Schritte für arbeitsmarktpolitische Projekte für Jugendliche entsprechend der Kreistagsbeschlüsse vorbereitet.

Kreistagsmitglied Thiel fragte nach, ob die Ziele für eine Reduzierung der Kosten der Unterkunft schon präzisiert worden seien und wies darauf hin, dass nach seinem Kenntnisstand weiterhin Probleme mit der Hotline bestünden. Allgemeiner Vertreter

Steinmetz erläuterte, dass die Konkretisierung von Zielen Teil des Handlungskonzeptes sei. Angedacht sei zum Beispiel eine genauere Betrachtung spezieller Zielgruppen.

Kreistagsmitglied Kresse kritisierte, dass die angesprochenen Untersuchungen ein Jahr zu spät erfolgen würden. Er regte eine Zufriedenheitsbefragung der Jobcenterkunden hinsichtlich der zentralen Ansiedlung in Neuss an und fragte nach, warum die Zahl der Bedarfsgemeinschaften in Grevenbroich deutlich höher liege als der Kreisdurchschnitt. Allgemeiner Vertreter Steinmetz verwies auf die Trägerversammlung und dass man solche Unternehmungen nur im Einvernehmen durchführen könne. Dies brauche Überzeugung und Zeit.

Die Ursachenerläuterung für die Zahl der Bedarfsgemeinschaften in Grevenbroich werde der Niederschrift beigelegt.

Anmerkung: Das Jobcenter hat hierzu angegeben, dass der Anstieg über einen längeren Zeitraum entstanden sei und hierfür insbesondere Zuzüge und mehr sog. Aufstocker-Fälle maßgeblich seien. Die Entwicklung werde weiter beobachtet.

3. Telefonseelsorge Rhein-Kreis Neuss - Tätigkeitsbericht

Vorlage: 50/3213/XV/2014

Protokoll:

Diplom-Psychologin Barbara Keßler, Leiterin der Telefonseelsorge Neuss, stellte in einem Vortrag die Arbeit der Telefonseelsorge vor. Der Vortrag liegt dem Protokoll bei.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte für den Bericht und lobte das ehrenamtliche Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Kreistagsmitglied Widdekind fragte an, wie vor dem Hintergrund der schwierigen Telefonate die Eignung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter festgestellt werde und ob neben den regelmäßigen Supervisionen auch im Bedarfsfall Supervisionen angeboten werden könnten.

Frau Keßler führte aus, dass das Auswahlverfahren mehrstufig verlaufe und mehrere Monate in Anspruch nehme. Nach den ersten Kontakten würden Gespräche mit den Interessenten geführt, deren Eignung dann im Rahmen von Ausbildungsgruppen vertiefend geprüft werde. Für das Vorhalten von Supervisionen, aber auch für die sofortige, schnelle Möglichkeit einer Ansprache für die Ehrenamtler nach belastenden Telefonaten würden die hauptamtlichen Kräfte zwingend benötigt.

Kreistagsmitglied Kresse fragte nach, ob aus Kontakten zu anderen Telefonseelsorge bekannt sei, wie sich die Trägerschaft von Telefonseelsorgen entwickle und erklärte, dass nach seiner Ansicht die gestiegene Zahl der Inanspruchnahme der Telefonseelsorge auf Lücken im Gesundheitssystem zurückzuführen sei, zum Beispiel im Rahmen der fachärztliche bzw. psychotherapeutischen Behandlungsmöglichkeiten.

Frau Kessler führte hierzu aus, dass in Ostdeutschland vermehrt kirchliche Institutionen als mögliche Träger von Telefonseelsorgen angefragt würden, da die Kommunen finanziell hierzu nicht in der Lage seien. Sie bestätigte, dass Therapeuten in den Urlaubszeiten ihrer Praxen auf dem Anrufbeantworter auf die Telefonseelsorge verweisen würden.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Öztas erläuterte Frau Kessler, dass ca. 15 % der

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Telefonseelsorge einen Migrationshintergrund hätten, diese aber fast ausschließlich aus dem osteuropäischen Raum stammen würden. Eine Mitarbeiterin sei muslimischen Glaubens.

Kreistagsmitglied Thiel zeigte sich überrascht, dass nur 2% der Anrufer über 70 Jahre alt seien, obwohl die Gefahr von Vereinsamung älterer Menschen bestehe. Frau Keßler erklärte, dass sich viele junge Menschen vor allem im Kontext mit Erkrankungen sehr einsam fühlen würden.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Schmitz erklärte Frau Keßler, dass die Supervision bei 3 von 6 Gruppen durch die Hauptamtler geschehe und die übrigen 3 Gruppen durch externe Anbieter eine Supervision erhalten würden.

Ausschussmitglied Dubbel fragte nach, wie die Begleitung von Anrufern bei Folgekontakten sichergestellt werde. Frau Keßler führte hierzu aus, dass eine dauerhafte Begleitung von Anrufern konzeptionell nicht gewollt sei und dies den Anrufern auch erläutert würde.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Wienands erklärte Frau Keßler, dass ca. 10 % der Anrufe missbräuchlich getätigt würden.

Kreistagsmitglied Stein-Ulrich erkundigte sich nach der Zahl der besetzten Telefone. Frau Keßler erläuterte, dass versucht werde 2 Telefone in einem Fünf-Schicht-Betrieb zu besetzen, was aber aufgrund des damit verbundenen personellen Aufwandes nicht immer gewährleistet werden könne.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies darauf hin, dass der Rhein-Kreis Neuss als einer der wenigen Kreise in Nordrhein-Westfalen die Telefonseelsorge mit rund 27.000,-€ pro Jahr unterstütze.

4. Angebote für Demenzkranke und ihr Umfeld im Rhein-Kreis Neuss - aktueller Überblick

Vorlage: 53/3185/XV/2014

Protokoll:

Die Psychiatriekoordinatorin des Rhein-Kreises Neuss, Frau Valeria Diewald, stellte die Angebote für Demenzkranke und ihr Umfeld vor. Der Vortag ist der Niederschrift beigefügt.

Kreistagsmitglied Bartsch erkundigte sich nach der Vernetzung der beteiligten Stellen in der täglichen Arbeit und nach der Zahl der Menschen mit Demenz, die zu Hause versorgt würden.

Frau Diewald führte aus, dass die Vernetzung der Akteure über verschiedene Arbeitskreise sichergestellt sei und rund 60 bis 70 % der Menschen mit Demenz von ihren Angehörigen versorgt würden.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Dubbel teilte Frau Diewald mit, dass die Zahl der dementiell veränderten Menschen im Rhein-Kreis Neuss auf Basis der Bevölkerungszahlen von IT.NRW hochgerechnet sei.

Kreistagsmitglied Widdekind lobt die gut gelungene Broschüre „Wegweiser Demenz“.

SozGe/20140519/Ö4**Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**5. Tätigkeitsbericht Wohnberatungsagentur Rhein-Kreis Neuss - auch
Anfrage SPD Kreistagsfraktion vom 20.01.2014
Vorlage: 50/3209/XV/2014****Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Dr. Klose verwies auf die vorliegende Anfrage der SPD-Fraktion. Frau Bettina Kasche und Frau Marion Schröer vom Caritasverband Rhein-Kreis Neuss e.V. stellten die Arbeit der Wohnberatungsagentur auf Grundlage des beigefügten Berichtes vor.

Kreistagsmitglied Bartsch dankte für den Vortrag sowie für die Beantwortung der Anfrage seiner Fraktion. Es sei zwar insgesamt eine gute Entwicklung erkennbar, jedoch sei die Zahl der Hausbesuche in einigen der kreisangehörigen Kommunen noch nicht zufriedenstellend. Er fragte nach, wie die Vernetzung mit den Anbietern haushaltsnaher Dienstleistungen sichergestellt sei. Frau Schröer erklärte, dass die Nachfrage der Menschen in den einzelnen Kommunen trotz gleich gestalteter Öffentlichkeitsarbeit in der Tat unterschiedlich sei. Gründe könnten ggf. in der finanziellen Leistungsfähigkeit der Menschen liegen, wodurch Umbaumaßnahmen ohne Beratung in Eigenregie durchgeführt würden. Die Vernetzung zu Anbietern haushaltsnaher Dienstleistungen und weiterer Leistungsanbieter geschehe über die Vernetzung mit der Pflegeberatung bzw. Beratung über Hilfen im Alter.

Kreistagsmitglied Kresse erläuterte, dass aus seiner Sicht die strategische Herangehensweise des Kreises an die Aufgaben von Beratung zu defensiv und daher nicht gut sei. Er sprach die Hoffnung aus, dass sich, z.B. durch Projekte wie die präventiven Hausbesuche, hier eine Besserung einstellen werde.

Kreistagsmitglied Rosellen widersprach dem und erklärte, dass das Bekanntmachen der bestehenden Angebote ein guter Weg sei, um den Menschen die Beratungsleistungen zugänglich zu machen. Er fragte an, ob sich die Steigerung der Inanspruchnahme auch in 2014 fortgesetzt habe. Dies bestätigte Frau Schröer.

Aus Sicht von Kreistagsmitglied Widdekind seien die steigenden Zahlen der Inanspruchnahme der Beleg dafür, dass die Herangehensweise die richtige sei.

Kreistagsmitglied Thiel äußerte Bedenken hinsichtlich der Relation von Kosten und Nutzen und forderte, die Wohnraumberatung einzustellen, wenn die Inanspruchnahme keine befriedigenden Ergebnisse liefere, oder die vorhandenen Angebote deutlich bekannter zu machen um die Nachfrage zu erhöhen.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz ging auf die Wortmeldungen ein und erklärte, die Beratungsstrukturen im Rhein-Kreis Neuss seien nicht defensiv sondern fortschrittlich. Das verbesserte Beratungsangebot durch die Wohnraumberatung sei gleichzeitig ge-

nutzt worden, um Kosten zu Lasten des Kreishaushaltes zu reduzieren. Die steigende Zahl der Nachfrage zeige eine deutliche, gute Tendenz, welche insbesondere bei einem neuen Element der Beratung positiv zu bewerten sei. Der Bedarf sei nachweislich gegeben, auf das Angebot werde weiterhin aufmerksam gemacht und die Erfahrungen würden im Wege der Berichterstattung auch in Zukunft dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben.

**6. Arbeitskreis "Beratung über Hilfen im Alter" - Jahresbericht 2013
Vorlage: 50/3206/XV/2014**

Protokoll:

Frau Daniela Boy vom Deutschen Roten Kreuz, Stadtverband Neuss e.V., und Frau Angelika Hochstrate vom Diakonischen Werk Neuss e.V. stellten den Arbeitskreis Beratung über Hilfen im Alter sowie die in den Beratungsstellen geleistete Arbeit vor.

Kreistagsmitglied Wienands lobte die geleistete Beratungstätigkeit, die anhand des geschilderten Fallbeispiels die Vielschichtigkeit der Bedarfslagen der alten Menschen zeige.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies darauf hin, dass der Rhein-Kreis Neuss insgesamt 280.000,-€ pro Jahr für die Durchführung der Beratungsleistungen zur Verfügung stellt.

SozGe/20140519/Ö6

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**7. Sprachtherapeutischer Dienst - Tätigkeitsbericht des Sprachheilbeauftragten 2012 / 2013
Vorlage: 50/3211/XV/2014**

Protokoll:

Der Sprachheilbeauftragte des Rhein-Kreises Neuss, Herr Rudolf Bauschen, stellte den als Tischvorlage ausgelegten Bericht vor und ergänzte um verschiedene fachliche Aspekte. Besonders wies Herr Bauschen darauf hin, dass die Förderung der Kinder in den ersten Jahren entscheidend sei, um nachhaltige Sprachstörungen zu vermeiden.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose bedankte sich bei Herrn Bauschen für die geleistete Arbeit und verwies auf die sehr lange, gemeinsame Zusammenarbeit.

8. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen "Schulsozialarbeit - weitere Planungen" vom 12.03.2014 - Überweisung des Antrages durch den Kreistag am 25.03.2014
Vorlage: 50/3203/XV/2014

Protokoll:

Kreistagsmitglied Kresse fragte nach, ob es seitens der kreisangehörigen Kommunen schon Signale hinsichtlich einer Fortführung der Schulsozialarbeit gebe. Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass das vorliegende Streitverfahren auf Grundlage der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern auszutragen sei. Die kommunale Ebene beabsichtigt nicht, sich in dieses Verfahren einzubringen.

Mit Zustimmung des Ausschussvorsitzenden wurde die für TOP 10 der Tagesordnung vorgesehene Beantwortung der Anfrage der Kreistagsfraktion der SPD zur Spitzabrechnung der 2012 abgerufenen Bundesmittel für das Bildungs- und Teilhabepaket thematisch mitbehandelt. Allgemeiner Vertreter Steinmetz führte aus, dass die Spitzabrechnung für den Rhein-Kreis Neuss kein Thema sei, da eine Rückstellung gebildet und damit die Finanzierung der laufenden Leistungen sichergestellt worden sei. Die Tendenzen bei der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes seien sehr gut, so liege die Erreichbarkeitsquote bei 90 % und es habe einen Anstieg bei den Leistungen zur Lernförderung gegeben. Hieran habe die Schulsozialarbeit einen wichtigen Beitrag geleistet.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose regte an, heute über den vorliegenden Antrag keine Entscheidung zu treffen, sondern das Thema im neuen Kreistag erneut aufzurufen. Diesem Vorschlag wurde nicht widersprochen.

9. Bericht aus der Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter
Vorlage: 50/3207/XV/2014

Protokoll:

Dezernent Mankowsky berichtete von der Sonderveranstaltung der Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter am 09.05.2014. Diese sei notwendig geworden, da die vielen interessanten Themen der neuen, gemeinsamen Konferenz nicht alle in den regelmäßigen Sitzungen abgearbeitet werden könnten.

Frau Marion Schröder von der AOK Regionaldirektion Rheinland/Hamburg habe den Gesundheitsreport 2013 für den Rhein-Kreis Neuss vorgestellt. Dezernent Mankowsky nannte als positiven Wert die Zufriedenheit der Patienten mit den Krankenhäusern im Rhein-Kreis Neuss. Hier belege der Kreis mit 82% den Spitzenplatz in Nordrhein-Westfalen. Negativ auffällig sei jedoch die hohe Zahl von Verstorbenen aufgrund eines Schlaganfalles gewesen.

Von der kassenärztlichen Vereinigung habe Miguel Tamayo zur Situation der hausärztlichen Versorgung im Rhein-Kreis Neuss berichtet. Dabei sei deutlich geworden, dass die Situation in Teilen des Kreisgebietes durchaus kritisch zu betrachten sei. Die fachärztliche Versorgung sei unter Betrachtung der Gesamtregion mit den Städten Köln und Düsseldorf als gut zu bezeichnen.

Dezernent Mankowsky wies abschließend auf den Vortrag von Dr. Jürgen in der Schmittin zum Projekt „beizeiten begleiten“ hin, ein Thema, das nach Wunsch von Ausschussvorsitzenden Dr. Klose in der nächsten Legislaturperiode nochmals politisch beraten werden solle.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Thiel erläuterte Dezernent Mankowsky, dass die kassenärztliche Vereinigung für die Struktur der ärztlichen Versorgung zuständig sei

und der Kreis keinen unmittelbaren Einfluss auf die Anzahl von Ärzten oder Therapeuten habe. Man könne auf Kreisebene lediglich die weichen Standortfaktoren beeinflussen, um den Standort für Praxen attraktiv zu gestalten.

Kreistagsmitglied Kresse merkte zum Projekt „beizeiten begleiten“ an, dass seine in der Sondersitzung der Konferenz aufgeworfenen Fragen zum Markenschutz von Dr. in der Schmitten zwischenzeitlich ausreichend erläutert worden seien. Seine Fraktion erachte daher sowohl das Projekt selbst als auch den Markenschutz als ausgesprochen sinnvoll.

10. Mitteilungen

10.1. Rückübertragung der Sachbearbeitung "Bildungs- und Teilhabepaket an SGB II-Berechtigte" aus dem Jobcenter an den Rhein-Kreis Neuss

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz teilte mit, dass zum 01.09.2014 die Sachbearbeitung „Bildungs- und Teilhabepaket an SGB II-Berechtigte“ aus dem Jobcenter in das Kreissozialamt zurück übertragen werde. Diese Rückübertragung sei sinnvoll, da die Bearbeitung des Themas komplexer geworden sei und durch die Ansiedelung unmittelbar beim Kreissozialamt bessere Steuerungsmöglichkeiten gegeben seien als in der gemischten Verwaltung mit dem Jobcenter. Es würden 6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Kreissozialamt angedockt, die in der Sachbearbeitung tätig seien. Damit sei nicht eine Verlagerung des Ortes für Antragstellungen verbunden! Diese würden weiterhin im Jobcenter möglich sein. Mit der Rückübertragung der Aufgabenwahrnehmung wechsele auch die unmittelbare, finanzielle Zuständigkeit auf die Kreisverwaltung. Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Thiel erläuterte Allgemeiner Vertreter Steinmetz, dass die Bewilligungsbescheide weiterhin direkt an die Kunden erlassen würden.

10.2. Aktuelle Situation in den Meridias Pflegeeinrichtungen in Meerbusch

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz teilte mit, dass sich die Situation in den Meerbuscher Pflegeeinrichtungen seit deren Übernahme durch den Betreiber Meridias im Dezember 2013 positiv entwickelt habe. Im Rahmen einer Prüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen seien keine Mängel bei der direkten Pflege der Bewohnerinnen und Bewohner festgestellt worden. Im Bereich der Strukturqualität müsse die bislang gute Aufbauarbeit noch weitergeführt werden. Die Heimaufsicht prüfe die personelle Besetzung, die angemessen sei.

11. Anfragen

Protokoll:

Auf Anfrage von Kreistagsmitglied Bartsch erklärte Allgemeiner Vertreter Steinmetz, dass das geplante „Seniorenoktoberfest“ eine Veranstaltung von Marc Pesch sei, bei der der Rhein-Kreis Neuss und die Seniorenunion als Partner fungierten. Der Kreis unterstütze das Fest, indem Fahrdienste für die Bewohnerinnen und Bewohner der stationären Pflegeeinrichtungen angeboten würden. Bei Interesse von Partnerschaften weiterer Seniorenorganisationen könne er gerne einen Kontakt zum Veranstalter herstellen.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose bedankte sich im Rückblick auf die endende Legislaturperiode des Kreistages bei der Verwaltung für die stets gründliche Behandlung von Anträgen und Anfragen. Des Weiteren bedankte er sich bei den Mitgliedern des Ausschusses für die sachliche und an den Inhalten orientierte Beratung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 20:15 Uhr die Sitzung.



Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender



Marcus Mertens
Schriftführung

From: SPD

To: 06012401

26/03/2014 12:08

#522 P.001/002

Sozialdemokratische Fraktion im Kreistag



An den Vorsitzenden
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
des Kreistages im Rhein-Kreis Neuss
Herrn Dr. Hans Ulrich Klose

**SPD Kreistagsfraktion
Rhein-Kreis Neuss**
Geschäftsstelle im Willy-Brandt-Haus
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Telefon: (02181) 2250 20
Telefax: (02181) 2250 40
eMail: brigittebaasch.ktf@t-online.de
Internet: www.spdkreisneuss.de

Per Fax:

02181/601-2401

1) AV
2) 50 gefaxt B. 26/3

Grevenbroich, 26. März 2014

Beanstandung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.02.2014

Sehr geehrter Herr Dr. Klose,

anbei übersende ich Ihnen ein Schreiben des Kreistagsabgeordneten Denis Arndt mit der Bitte um Kenntnisnahme und Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüßen

B. Baasch

i.A. Brigitte Baasch

SD. 1, Fr. Rotke-Platz
im Briefkasten am 26/3.

13/66

Beanstandung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.02.2014

Sehr geehrter Herr Dr. Klose,

in der o.g. Niederschrift wird auf Seite 6 mein Wortbeitrag zum Tagesordnungspunkt 3 „Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel“ folgendermaßen zusammengefasst:

„Kreistagsabgeordneter Arndt stellte für seine Fraktion dar, dass die rechtliche Sichtweise irrelevant sei und es ihm um ein politisches Signal gehe...“

Bei dieser „Zusammenfassung“ handelt es sich um eine extreme Verkürzung meiner Ausführungen, die letztendlich zu einer Verfälschung meiner Kernaussage führt. Es wird hier der Eindruck vermittelt, als ob ich die Verwaltung bewusst zu rechtswidrigem Handeln aufgefordert hätte. Dies ist aber nicht der Fall! Meine Ausführungen waren differenzierter und beinhalteten nicht die Aussage, dass die rechtliche Sichtweise irrelevant sei.

Sinngemäß habe ich Folgendes ausgeführt:

Selbstverständlich müsse die Verwaltung auf die Rechtmäßigkeit ihres Handelns achten. Nach Auffassung der Antragsteller sei es aber nicht rechtswidrig, wenn der Sozialausschuss eine politische Leitlinie formulieren würde, wonach Kostensenkungsaufforderungen aufgrund des Wegfalls des Wohnraumsicherungszuschlages nach Möglichkeit zu vermeiden seien und diese Leitlinie im Rahmen der Einzelfallentscheidungen mit zu berücksichtigen sei. Neben der rechtlichen Wertung dürfe aber auch der politisch/menschliche Aspekt nicht unbeachtet bleiben. Kostensenkungsaufforderungen (und damit oftmals verbunden die Notwendigkeit eines Umzuges) seien eine zusätzliche Erschwernis der betroffenen, sich bereits meist in schwierigen Lebensbedingungen befindenden Personen. Dies solle vermieden werden.

Ich bitte daher, die Zusammenfassung meiner Ausführungen folgendermaßen abzuändern:

„Kreistagsabgeordneter Arndt erklärte, dass die Antragsteller davon ausgingen, dass die Formulierung einer politischen Leitlinie durch den Sozialausschuss nicht rechtswidrig sei. Ziel des Antrages solle es sein, im Rahmen des rechtlich Möglichen zu verhindern, dass es aufgrund der Anpassung der Mietobergrenzen zu Umzügen kommt.“

Hochachtungsvoll

Denis Arndt



Rhein-Kreis Neuss
Dr. Hans-Ulrich Klose
1. stellvertretender Landrat

Vorsitzender
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
des Kreistages des Rhein-Kreises Neuss

SPD Kreistagsfraktion Rhein-Kreis Neuss
Geschäftsstelle Willy-Brandt-Haus
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Grevenbroich/Neuss,
02.04.2014

Beanstandung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses durch Herrn Kreistagsabgeordneten Arndt

Sehr geehrter Herr Arndt,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 26.03.2014 wurde mir Ihre Beanstandung zur Niederschrift der 19. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses übermittelt.

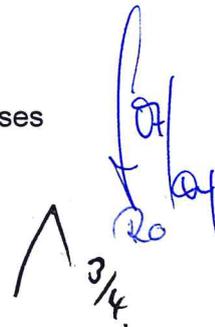
Sie stellten klar, wie Ihr Wortbeitrag verstanden werden sollte.

Nach Auswertung der Audio- Aufzeichnung stelle ich fest, dass das Protokoll keinen Anlass zur Beanstandung gibt.

Ihre Klarstellung werde ich jedoch in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vortragen und entsprechend in die Niederschrift der nächsten Sitzung aufnehmen.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender des Sozial- und Gesundheitsausschusses
des Kreistages im Rhein-Kreis Neuss



15/66

Lindenstraße 2
D-41515 Grevenbroich
T 02181 601 – 1090 oder 1017
F 02181 601 – 2401
E kreistagsbuero@
rhein-kreis-neuss.de
I www.rhein-kreis-neuss.de



TelefonSeelsorge

Anonym. Kompetent. Rund um die Uhr.

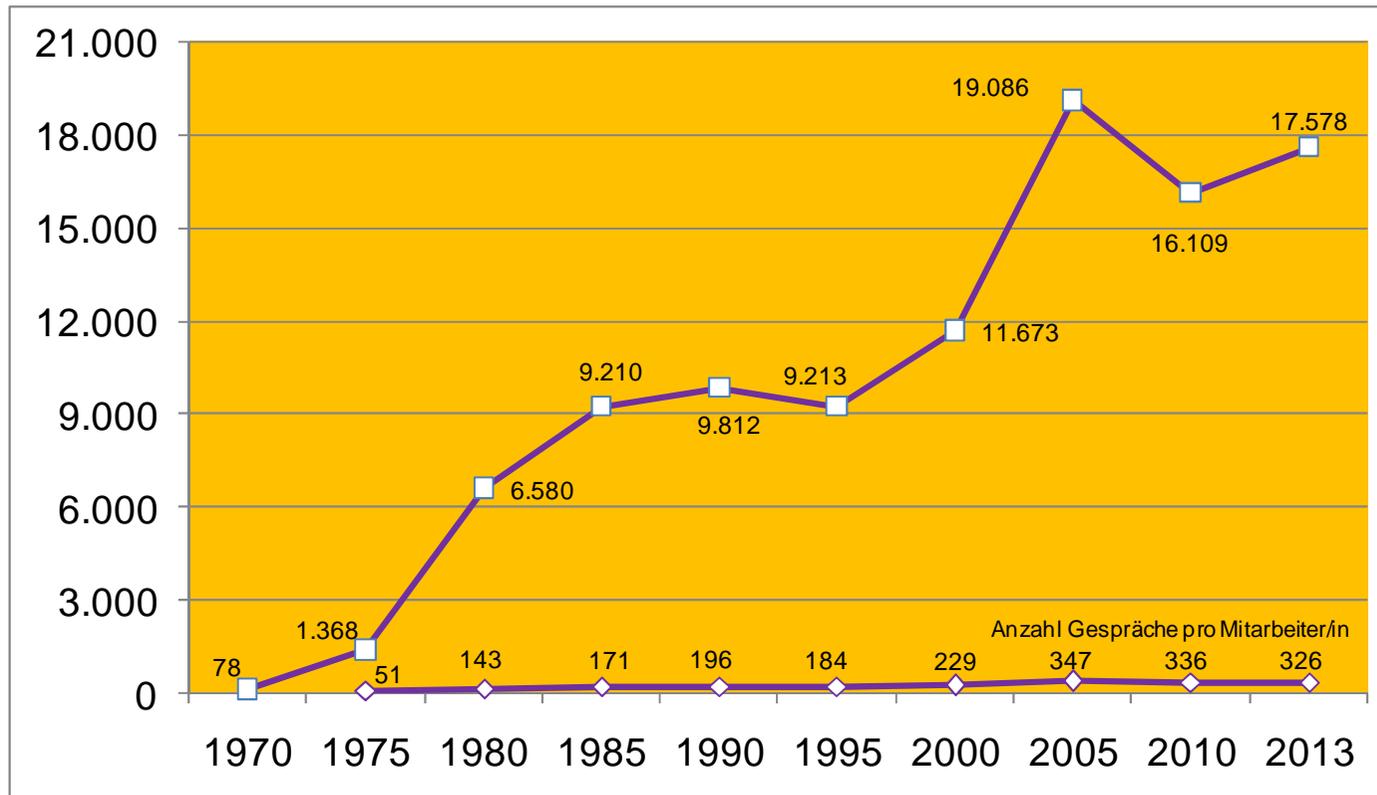
TelefonSeelsorge Neuss

Aktuelle Entwicklungen

Wichtige Grundsätze der Seelsorge und Beratung am Telefon

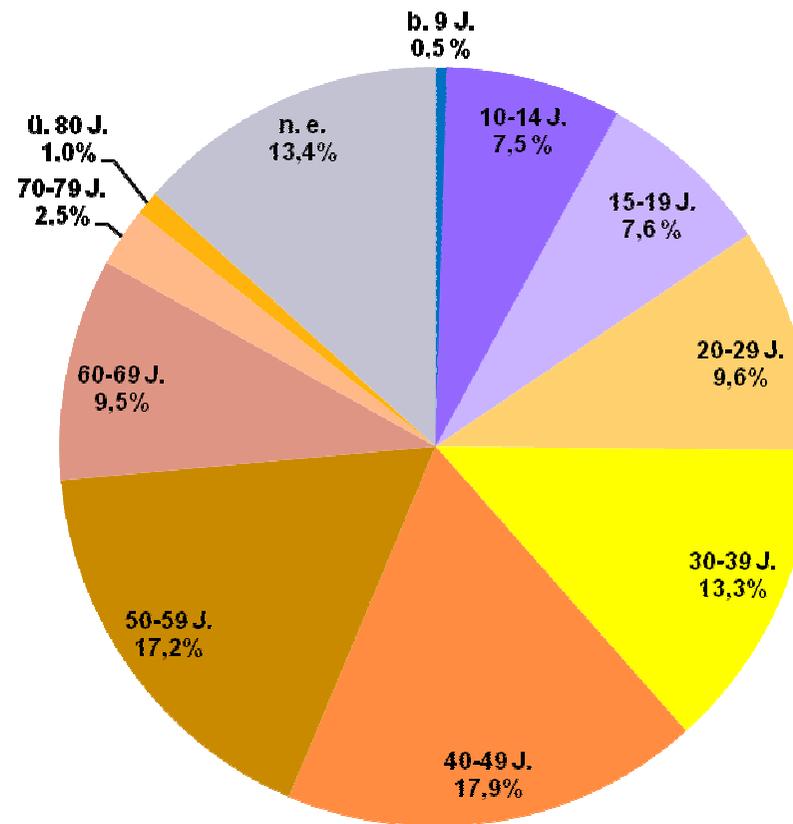
- Anonymität
- Verschwiegenheit
- Erreichbarkeit rund um die Uhr
- Offenheit
- Kompetenz
- Ideologiefreiheit
- Kostenfreiheit

Anzahl der Anrufe

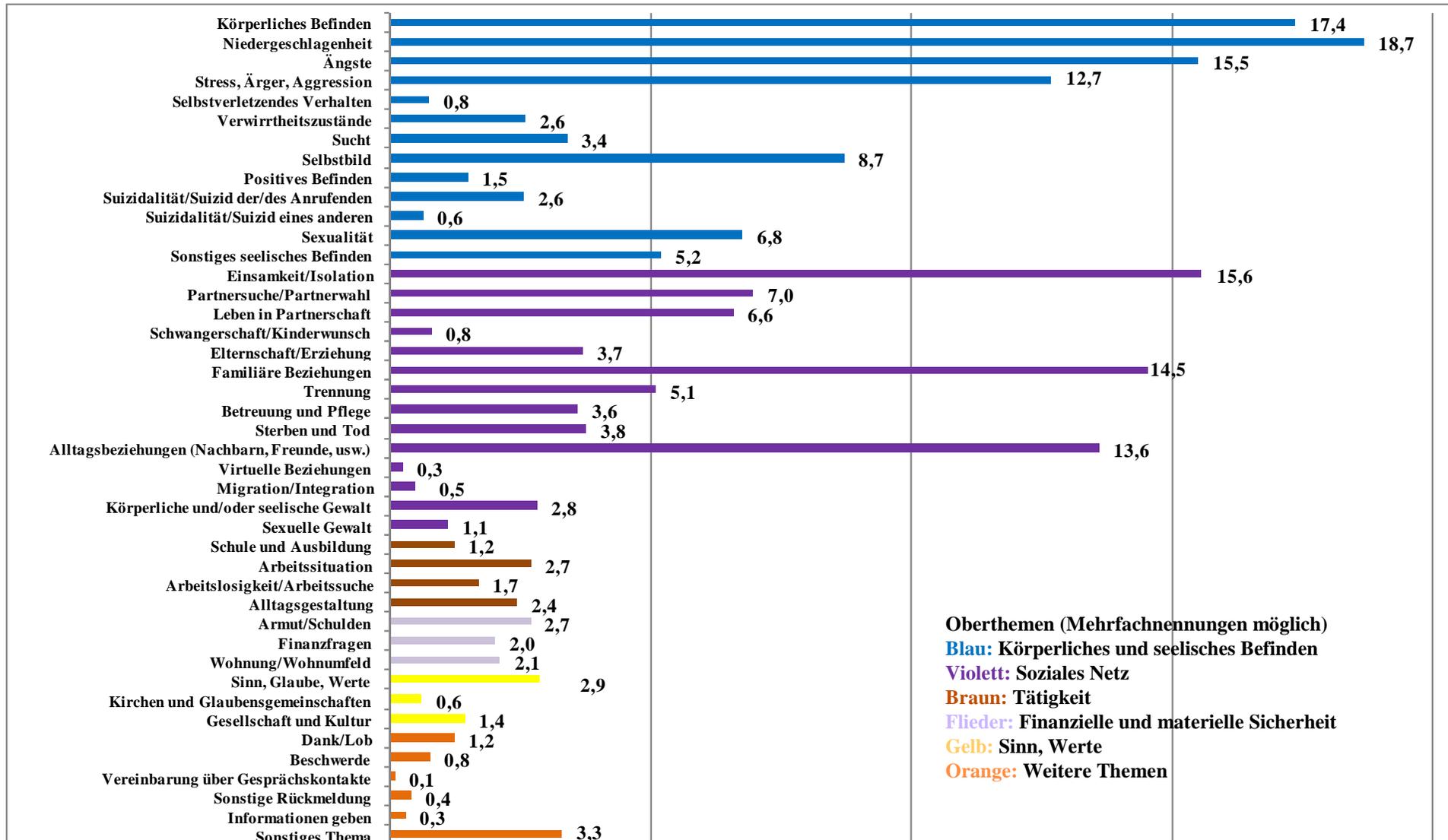


19/66

Altersverteilung der Anrufenden 2013 in Prozent



Themen der Gespräche 2013 in Prozent



TelefonSeelsorge Neuss
Postfach 10 14 13
41414 Neuss

Tel.: 02131/23575

Fax: 02131/23189

TelefonSeelsorge.Neuss@t-online.de
www.telefonseelsorge-neuss.de

Menschen mit Demenz im Rhein-Kreis Neuss

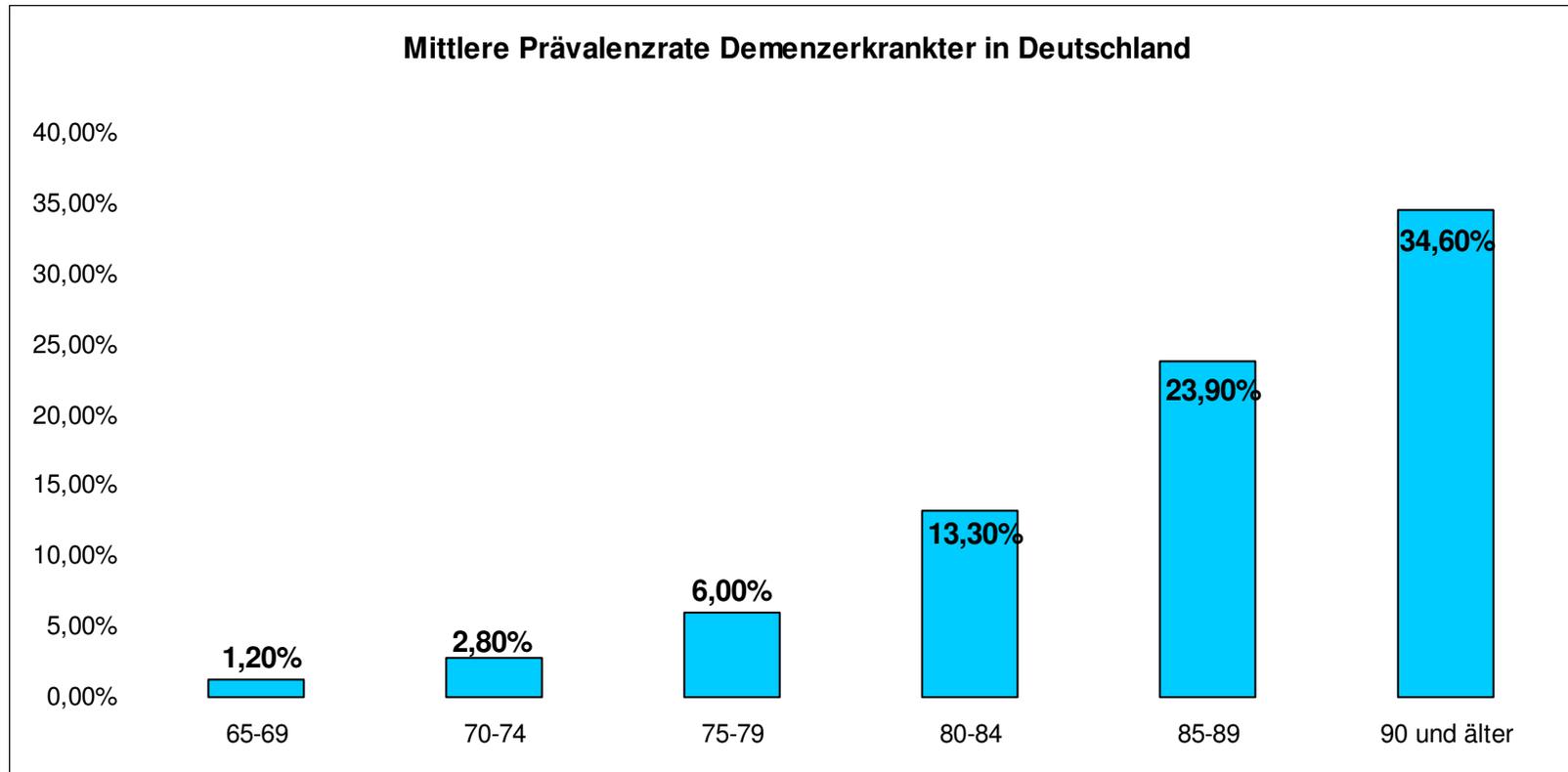
Sozial- und Gesundheitsausschuss: Grevenbroich, den 19. Mai 2014



Ist die Versorgung sicher gestellt?

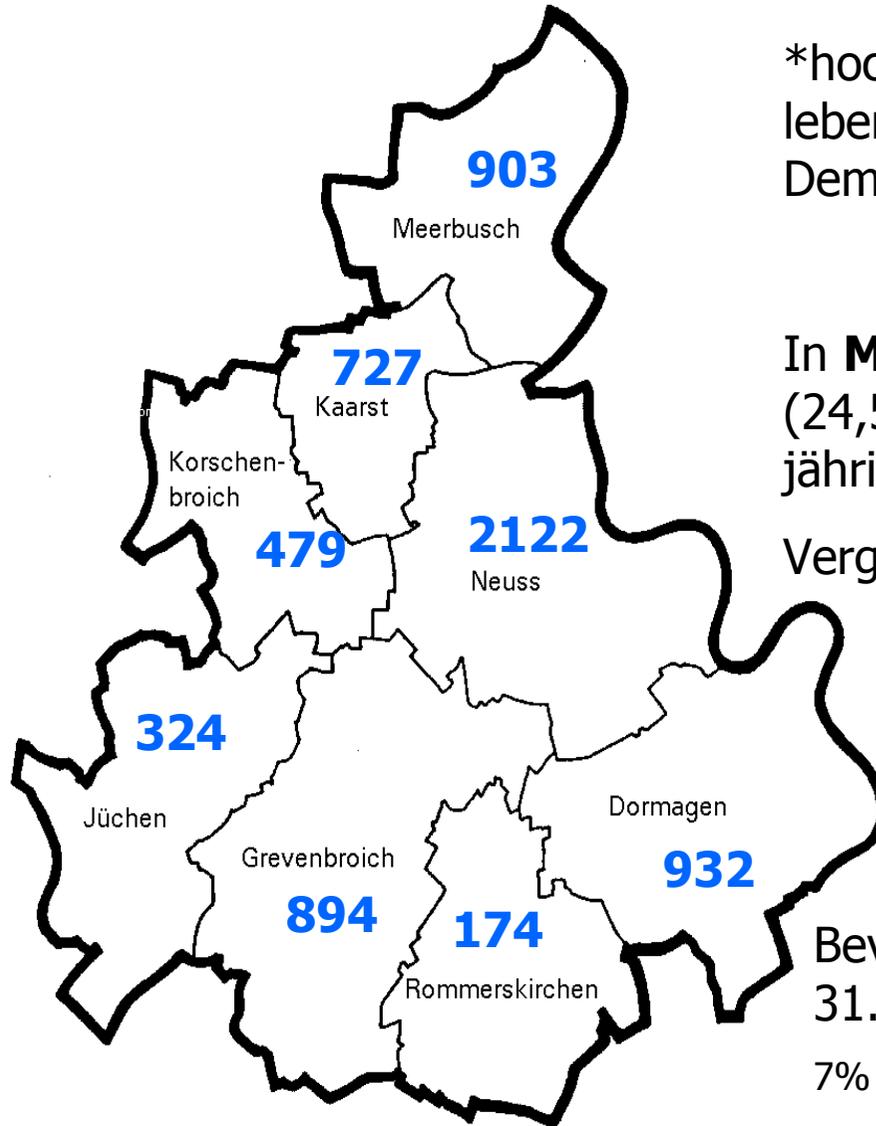
23/66

Je älter – desto mehr Menschen haben Demenz



Quelle: Dr. Horst Bickel, Psychiatrische Klinik und Poliklinik der Technischen Universität München

Menschen mit Demenz im Rhein-Kreis Neuss



*hochgerechnet: im Kreisgebiet leben ca. 6555 Menschen mit einer Demenzerkrankung

In **Meerbusch** (23,6%) und **Kaarst** (24,5%) ist der Anteil der über 65-jährigen am höchsten;

Vergleich Rhein-Kreis Neuss: 21,0%

Bevölkerungsdaten: IT.NRW, zum 31.12.2012

7% der über 65-jährigen haben Demenz;

Quelle: Bickel, München

Akteure im Rhein-Kreis Neuss



- **Krankenversicherung**
- **Pflegeversicherung**
- **Kommunale Institutionen**
 - Sozialämter
 - Ordnungsämter
 - Polizei
 - gesetzliche Betreuungsstellen
 - Gesundheitsamt
 - Seniorenbeauftragte, Seniorenbeiräte
- **Land NRW** – MGEPA, Landesinitiative, Landesstelle pflegende Angehörige

Leistungsanbieter

- Ärzte und Krankenhäuser, Ambulanzen
- Pflegedienste, -heime, Angehörige
- Beratung, Koordination, Betreuungsdienste
- Komplementäre Dienste (Hauswirtschaft, Essen auf Rädern, Hausnotruf)
- therapeutische Einrichtungen
- Selbsthilfegruppen

} unterschiedliche
Träger

Angebote im Rhein-Kreis Neuss

Angebote	N	M	G	D	Ko	Ka	J	R
Fach- bzw. Tagesklinik /Ambulanz	3	1	4	1	0	0	0	0
Beratungsstellen	9	3	5	5	4	4	5	4
Rechtliche Betreuung und Vorsorge	4	1	1	1	1	1	1	1
niedrigschwellige Betreuungsangebote	23	6	12	17	5	8	4	4
Gesprächskreise f. Angehörige / Selbsthilfe	4	2	2	3	2	1	1	2
Schulungen für pflegende Angehörige	4	0	2	0	0	3	0	0
Tagespflege	3	2	1	1	0	0	0	0
Seniorenheime	12	6	5	7	3	4	2	2
davon mit geschütztem Bereich	3	1	2*	3	2	1	1	1

Der Kreis bezuschusst den Beratungsdienst der Altenhilfe (289.394 EUR); die Caritas Wohnberatung (71.280 EUR) und die Alzheimer Gesellschaft (70.244 EUR).

Das Thema Demenz im Rhein-Kreis Neuss

Dezernat Gesundheit

Sozialdezernat

Gesundheitskonferenz + Pflegekonferenz

AK Seniorengesundheit

AK Heimleiter

AK GF im Kindes- und Jugendalter

AK Hilfen im Alter

Steuergruppe Sucht, Psychiatrie und Behinderung

AK Demenz

= Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter

Mitglieder im Arbeitskreis Demenz

Gesundheitsamt

Sozialpsych. Dienst und Psychiatriekoordination

Städte & Gemeinden

Meerbusch, Kaarst, Dormagen

Krankenhäuser

St. Alexius, Johanna-Etienne, KKH GV

Seniorenhäuser

Lindenhof, Korschenbroich, Heinz-Grüber-Haus

Beratungsstellen

Alzheimer Gesellschaft, Beratung & Koordination
Demenz, **Demenz-Servicezentrum**, Wohnberatung,
Seniorenberatungsstellen

Selbsthilfe

Werner Schell

Pflegeversicherung

AOK und Compass

PSAG

(AK Gerontopsychiatrie)

Pflege- und Betreuungsdienste

Empfehlungen des AK Demenz



1. Thema Demenz im somatischen Krankenhaus etablieren
2. Pflegepersonal in den Pflegeheimen
3. Fortbildung und Kooperation Hausärzte
4. weitere Betreuungsangebote initiieren
5. Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen für Menschen mit Demenz
6. Einrichtung von Nachtpflege
7. Transparenz der Angebote im Rhein-Kreis Neuss
8. Initiierung Runder Tische Demenz in den Städten und Gemeinden
9. Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements
10. Förderung von Quartiersarbeit

Viele Aktionen



- Infoveranstaltung und Plakataktion
- Fachtagung „Tatort Demenz“
- Workshop „Demenz im Krankenhaus“
- Aktionstag Demenz im Kreishaus Neuss
- Aktionswoche zum Weltalzheimertag
- Regionale Aktionstage zum Weltalzheimertag
- Fachtagung Kindern Demenz erklären



Broschüren

- Wegweiser Demenz
- Ratgeber bei der Heimplatzsuche

Auch in Zukunft zu Hause.
Sicher und barrierefrei.



rhein
kreis
neuss

LANDESVERBÄNDE
DER PFLEGEKASSEN

33/66

Demographischer Wandel

- Der Anteil über 60 jähriger Menschen erhöht sich bis 2020 erheblich; dann werden nahezu 130.000 über 60 jährige im Rhein-Kreis Neuss leben
- Der Anteil der Menschen mit Demenz steigt ebenso an; 2020 werden mehr als 8000 Menschen im Rhein-Kreis Neuss betroffen sein



Zielgruppen

- Senioren und ihre Angehörigen
- Menschen mit Demenz
- Menschen mit Pflegebedarf
- Menschen mit körperlicher Einschränkung

35/66



Ziel und Wunsch

- Verbleib in den eigenen vier Wänden-
so lange wie möglich

Grundlage

- § 40 Abs. 4 SGB XI Soziale Pflegeversicherung
Zuschuss für Maßnahmen zur Verbesserung des
individuellen Wohnumfeldes des Pflegebedürftigen
- ambulant vor stationär

Finanzierung
der Wohnberatungsagentur durch:
Rhein-Kreis Neuss
Pflegekassen
Eigenanteil des Caritasverbandes
Rhein-Kreis Neuss e.V.

37/66

rhein
kreis
neuss

LANDESVERBÄNDE
DER PFLEGEKASSEN

Zusammenarbeit und Vernetzung u.a. mit

- Krankenkassen und Pflegekassen
- Sozialamt und Wohnungsamt
- Versorgungsamt
- Sozialstationen und ambulanten Diensten
- Seniorenberatungsstellen
- Seniorennetzwerken und ZWAR-Gruppen
- Landesarbeitsgemeinschaft
- Wohnungsgesellschaften



Schwerpunkt Demenz

- Sicherheit
- Orientierung
- Anregung
- Entlastung

Zusammenarbeit und Vernetzung mit:

- Arbeitskreis „Demenz“, Kreisebene
- Steuerungsgruppe „Runder Tisch Demenz“, Neuss
- Alzheimer Gesellschaft Kreis Neuss/ Nordrhein e.V.
- BEKO in Neuss
- Demenz Servicezentrum, Region Düsseldorf

Aufgabe der Wohnberatung

Individuelle Anpassung der Wohnsituation
an sich verändernde
Fähigkeiten und
Bedürfnisse der
Menschen



Was bietet die Wohnberatung?

- Persönliche und kostenfreie Beratung
- Hausbesuch mit Bestandsaufnahme der Wohnsituation
- Planung von Veränderungen in der Wohnraumgestaltung und Information zu Finanzierungsmöglichkeiten
- Unterstützung bei Anträgen auf Kostenbeteiligung bei Kranken- oder Pflegekassen

- Information über Hilfsmittel
- Unterstützung bei Kontakten mit Vermietern
- Hinweise und Anregungen bei Umbauvorhaben
- Beratung zu anderen Wohnformen
- Seniorenberatung und Allgemeine Sozialberatung

Was bewirkt Wohnberatung?

- Reduzierung Unfall- und Gefahrenquellen, Sicherheit
- Verbesserung der Lebensqualität
- Erhaltung der Selbstständigkeit
- Erleichterung ambulanter Pflege
- Längerer Verbleib in der Wohnung
- Kostenersparnis für Sozialhilfeträger

Fallbeispiel 1

Anfrage zur Terrassenüberwindung

- 91 jährige Dame, Mietwohnung Parterre
- Pflegestufe 1 liegt vor
- Hausbesuch zur Klärung der Situation

45/66



Wohnsituation

- Große Schwelle beim Übergang vom Wohnzimmer zur Terrasse
- Seniorin demonstriert, wie sie die Schwelle zur Zeit überwindet
- WoBe zeigt unter Einbeziehung der Architektin Lösungsmöglichkeiten auf

46/66

- Stellungnahme der WoBe für die Pflegekasse zur Notwendigkeit der Wohnumfeldverbesserung mit Fotos der Ist-Situation
- Durchführung der Maßnahme durch den Handwerker
- Nachschau zur Umsetzung der Maßnahme
- Ergebnis:
Seniorin kann selbstständig und gefahrlos die Terrasse nutzen

47/66

Fallbeispiel 2

Anfrage zum Badumbau

- 76 jährige Dame, Mietwohnung GWG
- Grundsicherung
- Pflegeversicherung erfolgt über Grundsicherungsamt
- Pflegestufe 1 liegt vor
- Hausbesuch zur Klärung der Situation

48/66

Wohnsituation

- Mietwohnung 3. Etage mit Aufzug stufenlos erreichbar
- Badezimmer mit Wanne ausgestattet
- Seniorin nicht in der Lage, in die Wanne zu steigen, Wannenlift kann auch nicht genutzt werden
- WoBe empfiehlt Einbau bogengleicher Dusche
- Kontaktaufnahme mit der GWG
- Schriftlicher Antrag an die GWG für den Badumbau

49/66

Nach der Zustimmung

Unterstützung der Seniorin beim:

- Antrag an die Pflegekasse über das Amt für Soziales und Wohnen mit:
- Stellungnahme der WoBe zur Notwendigkeit der baulichen Veränderung mit Fotos der Ist-Situation
- Diverse Telefonate GWG und Amt für Soziales
- Zusage der Kostenübernahme erfolgt
- Durchführung der Maßnahme durch den Handwerker der GWG
- Nachschau zur Umsetzung der Maßnahme
- Ergebnis:

Seniorin kann selbstständig die Dusche nutzen - Gefahrenquelle beseitigt

50/66

Anfragen zur Wohnberatung

- 286 Erstanfragen im Jahr 2013
daraus entwickelten sich:
- 168 Wohnberatungen
mit
- 130 Hausbesuchen zur Bestandsaufnahme der
Wohnsituation

51/66



Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit

rhein
kreis
neuss

LANDESVERBÄNDE
DER PFLEGEKASSEN

52/66





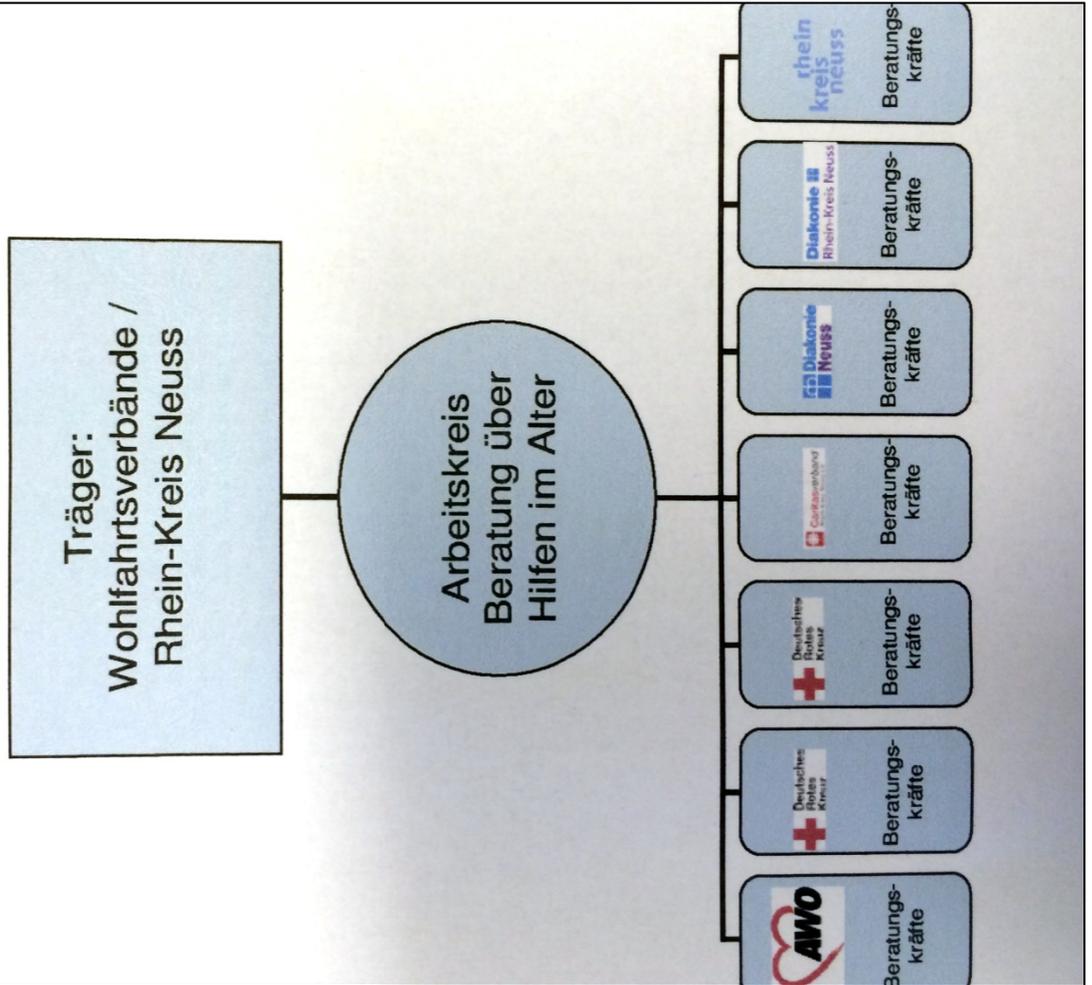
Beratung über Hilfen im Alter im Rhein-Kreis Neuss

Jahresbericht 2013

Auftrag der Beratung

- Dienstleistungs- und Unterstützungsangebot für Senioren und deren Angehörige.
- Sicherstellung der Lebensqualität im Alter
- Entlastung der Angehörigen.
- Der Mensch soll so selbständig wie möglich in seiner eigenen Wohnung bleiben können.

Aufbau „Beratung über Hilfen im Alter“



Arbeitskreis „Beratung über Hilfen im Alter“
mit Kreissozialamtsleiter Siegfried Henkel



Beraten-Informieren-Vermitteln

- Dienstleistungs- und Hilfeangebote
- Pflegeversicherung, Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht
- Stationäre Pflege
- Unterstützende Hilfe bei der Beantragung von Leistungen
- Angebote für Menschen mit Demenz
- Reisen, Kultur, Ehrenamt
- Netzwerke 55+ und Begegnungsstätten

Zuständigkeit der Verbände im Kreisgebiet



Kontaktwege der Senioren

- Telefon 72%
- Beratungsstelle 17%
- Brief/E-Mail 11%
- 3433 Erstkontakte
- 12.639 Folgekontakte

Hotline

- 01805 555 210
- Montag-Donnerstag 9:00 bis 16:00 Uhr
Freitag 9:00 bis 13:00 Uhr
- 179 Anfragen in 2013

Weitere Arbeitsbereiche der Seniorenberatung

- Arbeitskreise in den Gemeinden
- Organisation und Begleitung verschiedener Angebote und Veranstaltungen
(Gesprächskreise, Betreuungsdienste, Reiseservice, Netzwerke 55+, Infoveranstaltungen...)

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 50/3230/XV/2014

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Sozial- und Gesundheitsausschuss	19.05.2014	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion : Spitzabrechnung der 2012 abgerufenen Bundesmittel für das Bildungs- und Teilhabepaket

Sachverhalt:

Antwort der Verwaltung:

1. Die Regelung basiert auf der Haltung der Bundesministerin für Arbeit und Soziales (Anlage) und stellt für den Rhein-Kreis Neuss keine Überraschung dar. Der Rhein-Kreis Neuss war auf diese Situation vorbereitet. Eine Klage wird durch die Länder, u.a. durch Nordrhein-Westfalen vorbereitet. Der Rhein-Kreis Neuss bzw. die Träger der Grundsicherung haben keine Möglichkeit selbst gegen die vorgenommene Verrechnung durch Rechtsmittel gegen den Bund vorzugehen.
2. In 2012 wurden 1.549.192,33 € der Mittel, welche für die Leistungsausgaben BuT bereitgestellt wurden, nicht verausgabt. Über diese Summe wurde eine Rückstellung für den Revisionsfall gebildet. Hiermit wird nun im laufenden Jahr die Mindereinnahme kompensiert.
3. Das Defizit aus wird sich mit der gebildeten Rückstellung decken.
4. Für die Schulsozialarbeit BuT wurden neben den v.g. Leistungsausgaben gesondert Mittel in den Jahren 2011-2013 durch den Bund bereitgestellt. Für die hier bislang nicht verausgabten Mittel gibt es eine eigene Rückstellung. Die Fortführung der Schulsozialarbeit bis 2015 ist durch die Revision der Leistungsausgaben für das Jahr 2012 somit nicht betroffen oder gefährdet.

Anlagen:

RS-0222-14 Anlage A1
Anfrage Spitzabrechnung BUT



An den Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Jürgen Petrauschke

Kreisverwaltung
41460 Neuss

SPD-Kreistagsfraktion
Rhein-Kreis Neuss
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Telefon: (02181) 2250 20
Telefax: (02181) 2250 40
eMail: Rainerthiel.ktf@t-online.de
Internet: www.spdkreisneuss.de

Grevenbroich, den 12.05.2014

Spitzabrechnung der 2012 abgerufenen Bundesmittel für das Bildungs- und Teilhabepaket

Sehr geehrter Herr Landrat,

der Bund fordert von den Kreisen und Kommunen bundesweit 284 Mio. € von im Jahr 2012 nicht verbrauchten Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zurück. Die ausstehenden Forderungen werden mit den Ansprüchen der laufenden Bundesbeteiligung für die Kosten der Unterkunft verrechnet, sodass den Kreisen und Kommunen in den kommenden Monaten ein Defizit in Höhe von 70 Mio. € in NRW droht.

Wir bitten Sie, uns in diesem Zusammenhang, die folgenden Fragen in der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses zu beantworten:

1. Wie will der Rhein-Kreis Neuss mit der durch den Vorstoß des Bundesfinanzministers Schäuble entstandenen Situation umgehen?
2. Wie hoch sind die im Jahr 2012 nicht ausgegebenen Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket im Rhein-Kreis Neuss? Was ist mit diesen Mitteln geschehen? Wurde eine Rückstellung gebildet?
3. Wie hoch wird das Defizit bei den laufenden Zahlungen für die Kosten der Unterkunft für den Rhein-Kreis Neuss ausfallen?
4. Nach Aussage des Landrates sollten die nicht verbrauchten Mittel des BUT zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit verwendet werden. Sind die Arbeitsverhältnisse der Schulsozialarbeiter/innen jetzt akut gefährdet?

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Thiel
Vorsitzender Kreistagsfraktion



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

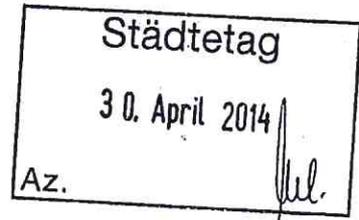
Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 11017 Berlin

Bundesvereinigung der kommunalen
Spitzenverbände
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin

KdU-Bundesbeteiligung für das Bildungspaket

1. Dr IV
2. Ø DLT, DStOB

Wie 30.4.



Jürgen Warnken
Ministerialrat
Referatsleiter
Beobachtung und Analyse des
Arbeitsmarktes; Arbeitsmarktstatistik;
Finanzielle Fragen der Arbeitsmarktpolitik

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin
TEL +49 30 18 527-6240
FAX +49 30 18 527-5128
E-MAIL lia4@bmas.bund.de
INTERNET www.bmas.de

Berlin, 25. April 2014
AZ lia4-28539-9/2

Sehr geehrte Frau Göppert, sehr geehrte Frau Vorholz, sehr geehrter Herr Lübking,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 10. April 2014 an Herrn Staatssekretär Albrecht. Sie führen darin aus, dass Sie das Vorgehen des Bundes, den Ländern - mit Ausnahme von Bremen und Hamburg - im Zuge der Abrechnung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft die Ermächtigung zum Mittelabruf im automatisierten HKR-Verfahren zu entziehen, für nicht akzeptabel halten.

Herr Staatssekretär Albrecht hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Die rechtliche Grundlage für die Spitzabrechnung der nicht verausgabten, jedoch von den Ländern abgerufenen Mittel für Bildungs- und Teilhabeleistungen ergibt sich nach Auffassung der Bundesregierung direkt aus dem Gesetz (§ 46 Abs. 7 S. 3 SGB II).

Die Tatsache, dass zwischen der ersten Ankündigung und der Umsetzung der Rückforderung der ausstehenden Beträge ein halbes Jahr vergangen ist, ändert nichts an deren grundsätzlicher Berechtigung. Ich sehe an dieser Stelle keinen Vertrauensstatbestand verletzt. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat in allen Schreiben an Abgeordnete, kommunale Vertreter sowie andere Interessierte nie einen Zweifel daran gelassen, seine o.g. Rechtsposition in aller Konsequenz zu verfolgen. So wurde auch in Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden verfahren.

65/66

Ich kann daher nicht erkennen, dass der Bund den Kommunen Grund zu der Annahme gegeben hat, sie hätten die Möglichkeit (und die Berechtigung), „im Jahr 2012 nicht verausgabte Mittel vielfach in andere soziale Leistungen [zu investieren].“

Beim konkreten Vollzug seiner Ankündigung der Aufrechnung kommt der Bund den Ländern und Kommunen insofern entgegen, dass die Aufrechnung in drei Tranchen erfolgt, so dass für die einzelnen Länder sichergestellt ist, dass in jedem Monat netto noch Mittel aus der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung (BBKdU) zur Verfügung stehen.

Die Prüfung der Nachweise erfolgt so zeitnah, dass in der Regel innerhalb einer Woche nach Eingang der Nachweise die Auszahlungsanordnung an die Bundeskasse auf den Weg gebracht wird.

Der Mittelabruf für die BBKdU seitens der betroffenen Länder wird daher weiterhin bis zur vollständigen Aufrechnung der Rückforderungen für BuT-Mittel des Jahres 2012 nur über das im Schreiben vom 9. April 2014 genannte Verfahren möglich sein.

Mit freundlichen Grüßen


Wärnken

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Niederschrift	1
Anlage TOP 1	13
Anlage Top 3	17
Anlage TOP 4	23
Anlage TOP 5	33
Anlage TOP 6	53
Tischvorlage	63
Inhaltsverzeichnis	67